

# Handelsblatt

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Chefredakteur: Bernd Ziesemer  
Stv. Chefredakteure:  
Hermann-Josef Knipper, Peter Brors  
Verantw. Redakteur Meinung & Analyse: Thomas Hanke  
Leserbriefe: Redaktion Handelsblatt, Postfach 102741, 40018 Düsseldorf  
E-Mail: hb.leserbriefe@vhb.de

## Neue Wege

Schwarz-Gelb muss das Krisenmanagement für die Banken überprüfen – sonst droht ein neuer Absturz

SVEN AFHÜPPE | BERLIN

Of sind es die kleinen Nachrichten, die das ganze Dilemma der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte bewusst machen. So erscheint die Tatsache, dass die gesamte Metall- und Elektroindustrie in diesem Jahr wegen der Schrumpfkonzunktur und der Kosten der Kurzarbeit in die Verlustzone gerät, auf den ersten Blick wenig dramatisch. Doch die Konsequenz, dass die Banken vielen Unternehmen der Branche deshalb nur noch unter erschwerten Konditionen Kredit geben wollen, muss mehr als nachdenklich stimmen und von der neuen Regierung als Alarmsignal verstanden werden. Denn ohne einen funktionierenden Kreditmarkt wird aus dem erhofften Aufschwung in Deutschland nichts.

In den aktuellen Koalitionsverhandlungen ist erstaunlich wenig davon zu hören, ob die Finanzkrise überwunden ist oder vielleicht doch eine Kreditklemme droht. Im Mittelpunkt der Debatte stehen Steuererleichterungen für Bürger und Unternehmen, von denen noch niemand weiß, in welchem Umfang und wann sie kommen. Zusammen mit anderen wachstumsfördernden Instrumenten soll ein ganzes Paket geschnürt

und damit die Konjunktur angekurbelt werden. Doch die schönen Maßnahmen drohen ins Leere zu laufen, wenn die Banken nicht mitspielen (können) und den Unternehmen nicht die notwendigen Kredite zur Finanzierung von neuen Investitionen zur Verfügung stellen. Ein Unternehmen, das wegen fehlender Liquidität insolvenz anmelden muss, hat wenig von Steuernachlässen und Bürokratieabbau.

Dass die deutschen Banken erst einen Bruchteil ihrer Risiko-Wertpapiere abgeschrieben haben, muss die Kanzlerin und ihren künftigen Finanzminister vor diesem Hintergrund besorgt stimmen. Solange die Banken auf solchen Zeitbomben in ihren Bilanzen sitzen, ist eine spürbare Wiederbelebung des Kreditgeschäfts nicht zu erwarten. Gleichwohl haben die Geldhäuser recht, wenn sie darauf verweisen, dass sie auf die höheren Risiken ihrer Kreditnehmer reagieren müssen.

Um einen erneuten Absturz der Wirtschaft zu vermeiden, müssen sich nicht nur die Banken ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung stellen. Die neue Regierung sollte selbst möglichst schnell das Krisenmanagement für den deutschen Finanzsektor überprüfen.

afhuppe@handelsblatt.com

## Afghanische Lösung

Präsident Karzai hat sich dem internationalen Druck gebeugt – aber die Probleme bleiben

ANDREAS RINKE | BERLIN

Wochenlang hat er sich gegen den Vorwurf der Wahlfälschung gewehrt und Stärke demonstriert. Doch am Dienstag lenkte der afghanische Präsident Hamid Karzai ein und akzeptierte eine Stichwahl für das Präsidentenamt. Nach den Berichten über massive Wahlfälschungen war der Druck der USA und der Europäer einfach zu groß. Karzai weiß ganz genau, dass sein politisches Überleben von dem Wohlwollen der internationalen Gemeinschaft abhängt.

Genau deshalb ist aber mit dem zweiten Wahlgang nicht viel gewonnen. Karzai ist in den Augen seiner radikalen Kritiker erneut als „Puppe“ des Auslands entlarvt. Es stimmt zwar, dass es massive Wahlfälschungen gab, für die vor allem das Lager des Präsidenten, in kleinerem Umfang auch das seines Herausforderers Abdullah Abdullah, verantwortlich war. Eine Stichwahl ist deshalb die einzige Lösung, die halbwegs die demokratische Form wahrt. Allerdings gibt es keine Gewähr, dass sie völlig anders verläuft als der erste Wahlgang.

Westliche Regierungen haben immer wieder betont, dass es nicht das Ziel sein kann, in Afgha-

nistan eine „Westminister-Demokratie“ zu etablieren. Dafür sind Entwicklungsstand, Clanstrukturen, ethnische Unterschiede und der Druck durch die militanten Taliban einfach zu groß. Aber genau diesen Maßstab hat die Uno nun angelegt. Das vorläufige Endergebnis von 55 Prozent für Karzai war von der Präsidentenseite geschönt. Das nun offizielle Ergebnis von 49,67 Prozent ist jedoch ebenfalls ein „politisches“.

Der Westen steckt in Afghanistan in einem Dilemma. Natürlich kann er massive Wahlfälschungen in einem Land nicht einfach dulden, das er so stark unterstützt. Aber die Regierungen sollten dennoch vom Ende her denken: Wenn das Ziel sein soll, den Afghanen zunehmend die Verantwortung zu übergeben und sie ihren – wenn auch unfertigen – Staat regieren zu lassen, verbietet sich dauernde Einmischung.

Die Stichwahl wird nun eine neue Phase der Unsicherheit bringen. Vielleicht wäre deshalb eine „afghanische Lösung“ besser gewesen, etwa die Bildung einer „nationalen Einheitsregierung“ zusammen mit Abdullah Abdullah, selbst wenn sie in diesem Stadium westlichen Demokratieansprüchen noch nicht genügt.

rinke@handelsblatt.com

## SCHON KOMISCH

### Virtuell, seit Jahrtausenden

Endlich mal ein Prominenter, der es zugibt: Kardinal Lehmann hat nach eigenem Bekenntnis keine persönliche Erfahrung mit dem Internet. Aber er lässt sich davon erzählen, sagt er.

Wir wollen nicht spekulieren, wie viele digitale Analphabeten es sonst noch gibt. Wie richtige Analphabeten finden auch sie Strategien, ihre Schwäche zu tarnen. Zum Beispiel, indem sie der Sekretärin Mails diktieren und sich die Antworten ausdrücken lassen. Aber kehren wir zum Kardinal zurück: Der hat berufsbedingt natürlich ein besonderes Gespür für virtuelle Welten. Und bei der virtuellen Welt, für die er von Amts wegen zuständig zeichnet, ist es normal, sie nur vom Hörensagen zu kennen – seit zwei Jahrtausenden.

Wenn er in den Ruhestand geht, will Lehmann aber das Surfen im Web lernen. Dann, im Alter, will er es genau wissen, ist nicht mehr zufrieden mit dem Hörensagen. Der Kardinal kann nur hoffen, dass seine Schäfchen nicht auch eines Tages mit dem Hörensagen nicht mehr zufrieden sind. Mit vorrückendem Alter will man schon genauer wissen, was einen erwartet ...

wiebe@handelsblatt.com

## HAUSHALT

# Faule Tricks

Ein schwarz-gelber Schattenetat kann die Schuldenbremse nicht blockieren

DONATA RIEDEL | BERLIN

W ie sehr die schwarz-gelbe Koalition allem Denken der 1990er-Jahre verhaftet ist, zeigt die Idee der Koalitionsunterhändler, auf die Schnelle einen weiteren Schattenetat aufzustellen. Nach der deutschen Wiedervereinigung hatte man dereinst zu vertuschen versucht, wie bedenklich die Schiefelage der öffentlichen Finanzen durch die Kosten des Aufbaus Ost tatsächlich geworden war. Ein beträchtlicher Teil der vereinigungsbedingten Schulden verschwand aus dem Bundeshaushalt. Der sah nach der alten Schuldenregel des Grundgesetzes zwar wieder verfassungsgemäß aus, solange die Konjunktur brummte. Anderthalb Jahrzehnte später aber führte die chronische Unterfinanzierung zur Handlungsunfähigkeit der damaligen roten Regierung und zwang schließlich die Große Koalition zur Mehrwertsteuererhöhung.

Bevor die Schuldenbremse Schattenetats ab 2011 ein für alle Mal verbietet, wollen zumindest Teile der neuen Regierungspartner ein letztes Mal auf die vermeintlich bewährte Art versuchen, Schulden loszuwerden. Sie übersehen jedoch, dass die Tüchle auf dem Zahlenwerk noch weitaus weniger den Reparaturbedarf kaschieren kann als damals. Die Schuldenbremse lässt sich nicht so leicht austricksen, wie die Steuerensenken auf Pump es sich ausmalen. Denn krisenbedingte Schulden, von denen sich die neue Regierung jetzt aufwen-

dig trennen will, sind unter dem neuen, etwas komplizierten Regelwerk überhaupt nicht das Problem: Konjunkturbedingt Schulden zu machen ist neuerdings völlig in Ordnung; die Neuverschuldung muss nur im nächsten Aufschwung wieder sinken.

Andererseits sieht es mit den Schulden aus, die der Staat aufnimmt, um seinen laufenden Betrieb in normaler Konjunkturlage aufrechtzuerhalten: Die Schuldenbremse verlangt eine Struktur des Bundeshaushalts, nach der die Lücke zwischen regelmäßigen Steuereinnahmen und regelmäßigen Ausgaben ab 2016 nicht mehr größer sein darf als 0,35 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt. Das entspricht ungefähr zehn Mrd. Euro.

Die strukturelle Lücke verändert sich durch das Auslagern von konjunkturbedingten Schulden nicht. Sie vergrößert sich aber durch Steuerensenken, wenn nicht gleichzeitig regelmäßig anfallende Ausgaben gestrichen werden. Der Konsolidierungsbedarf zwischen 2011 und 2013 beträgt daher auch nach der Finanzrochade 30 bis 40 Mrd. Euro – plus der Einnahmeausfälle durch Steuerensenken.

Auch das Hilfsargument für einen Extrafonds für Sozialkassen zieht nicht: Während einer Rezession zählen Bundeszuschüsse an die Sozialkassen zu den ganz normalen „automatischen Stabilisatoren“. Es ist

auch im Bundeshaushalt völlig transparent, dass diese Ausgaben in Krisenzeiten steigen und danach wieder sinken. Die versuchte Analogie zum Bankenrettungsfonds und zum kommunalen Investitionsfonds überzeugt ebenfalls nicht: Der Bankenrettungsfonds verbucht vom ersten Tag seiner Existenz an auch Einnahmen, etwa aus Gebühren für Bürgschaften, und vielleicht tilgen ihn ja am Ende die Banken doch noch. Die Kredite für die Investitionen in den Kommunen aus dem Konjunkturpaket II wiederum sollten nicht versteckt, sondern aus dem Bundesbankgewinn gezielt getilgt werden. Die Kredite an die Bundesagenturen werden dagegen ohnehin nur als Darlehen an die Behörde durchgereicht. Auch hier bringt der Schattenhaushalt keinerlei Zusatznutzen.

**Die Auslagerei von Etatposten hat nur einen Vorteil, und der ist rein optischer Natur.**

Völlig faul wird der Sonderfondstrick, wenn man zudem die Steuerzuschüsse an den Gesundheitsfonds dorthin auslagert: Die Schiefelage der Gesundheitsfinanzierung hat nichts mit Krise zu tun, sondern beruht auf dem Wunsch der alten schwarz-roten Koalition, für Ärzte, Krankenhäuser und Arzneimittelhersteller ordentliche Einnahmezunächste zuzulassen. Deshalb hilft es auch nicht wirklich, explodierende Kosten im Gesundheitswesen für ein oder zwei Jahre aus dem Etat zu nehmen: Danach landet der steigende Finanzbedarf wiederum beim Bund. Die Kos-

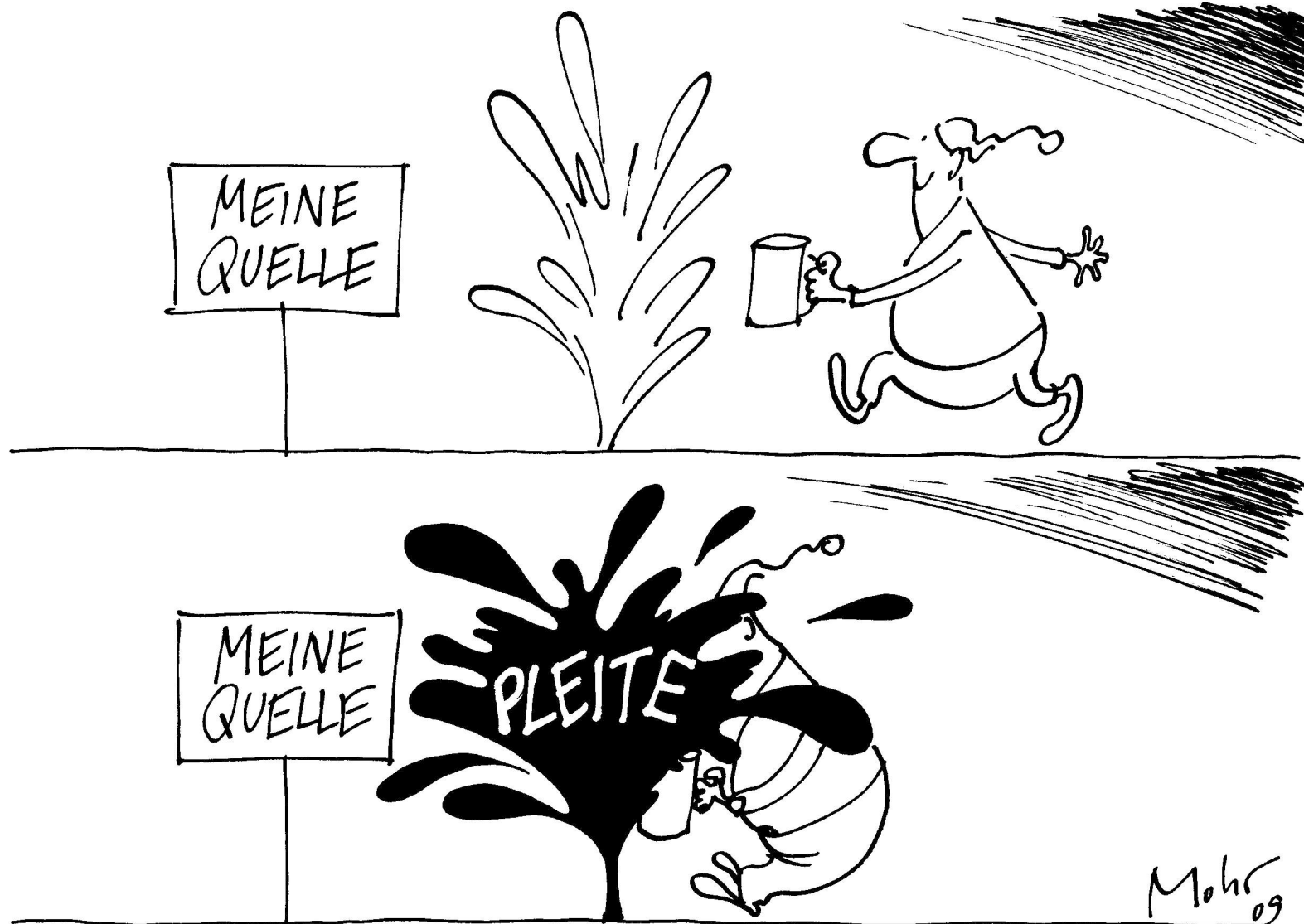
tendämpfung im Gesundheitswesen ist eine Daueraufgabe, die selbst in der Finanzkrise besser nicht ausgesetzt worden wäre.

Die Auslagerei hat also nur einen einzigen Vorteil, und der ist rein optischer Natur: Der Posten „Nettokreditaufnahme“ schwillt trotz Steuerensenken auf Pump kaum gegenüber dem alten schwarz-roten Finanzplan an. Wenn man über diesen Trick möglichst viele der Krisenkosten noch ins Jahr 2009 bucht, dann schafft man vielleicht sogar eine jährlich sinkende Schuldenaufnahme ab 2010.

Allerdings sollten die Koalitionäre nicht unterschätzen, dass heute mehr Wähler Schattenetats generell als Buzenbauer werteten als in den 1990er-Jahren. Wenn sich erst einmal in den Köpfen der Begriff „Erblastentilgungsfonds II“ festgesetzt hat, ist der politische Gewinn ganz schnell verzerrt.

In ihrem Willen, das leichtsinnige Steuer-Wahlversprechen möglichst umfangreich zu erfüllen, ignorieren die schwarz-gelben Koalitionäre völlig, welche Lasten sie den Ländern und den Kommunen aufbürden. Die Kassen dort entleeren sich ebenfalls krisenbedingt. Von den Ländern erwartet die neue Bundesregierung aber, dass sie bei zusätzlichen Investitionen in Bildung mitziehen. Die Kommunen setzt sie unter Druck, die Gebäude der Kindergärten und Schulen zu sanieren und für den Ganztagsbetrieb auszubauen. Gleichzeitig entzieht sie beiden Ebenen durch Steuerensenken weitere Einnahmen.

riedel@handelsblatt.com



Handelsblatt-Karikatur: Mohr

## AUSSENANSICHT

# Russlands Irrtum

Der faktische Austritt Moskaus aus dem Vertrag über die Energiecharta bringt keine sichtbaren Vorteile

Russland gehört neben Australien, Island und Norwegen zu jenen Staaten, die den Vertrag über die Energiecharta (Engl. Energy Charter Treaty, ECT) unterzeichnet, aber nicht ratifiziert haben. Seit gestern wendet Russland den Vertrag jedoch nicht einmal mehr provisorisch an. Begründete Vorteile sehe ich dafür nicht. Der ECT ist das einzige multilaterale Instrument für Schutz und Förderung von Investitionen in der Energiewirtschaft. Er schützt zunehmend nicht nur ausländische Investitionen in Russland, sondern würde – die Ratifizierung von Russland vorausgesetzt – auch russische Investitionen im Ausland schützen, vor allem vor „Liberalisierungsrisiken“ auf dem EU-Markt.

Im ECT fehlt zwar ein Mechanismus zur effektiven Abwendung von Krisensituationen und deren rascher Regelung. Aber gerade das sowie die Tatenlosigkeit der politischen Leitung des Energiecharta-Sekretariats angesichts der russisch-ukrainischen Gas- und Gasleitungen in der Ukraine könnten für Moskau als Anlass dienen, einen Er-

neuerungsprozess des Vertrags in Gang zu bringen und ihn durch Einschaltung eines entsprechenden Abkommens zu lenken.

Der Austritt Russlands ist umso ärgerlicher, weil russische und EU-Experten nach den jahrelangen Verhandlungen gegenseitig annehmbare, multilateral abgestimmte Bestimmungen über den Energietransit ausgearbeitet haben. Nun stoppt Moskau die Fertigstellung des Transitprotokolls. Dabei konnten bisher sämtliche Streitfragen mit einer einzigen Ausnahme beigelegt werden. Brüssel besteht noch darauf, die Energielieferungen im EU-Raum nicht als Transit zu klassifizieren (Art. 20). Russland sieht dadurch zusätzliche Transitsrisiken für die russischen Gaslieferungen nach Europa.

Indes schienen sich die Unterhändler zu einer radikalen Lösung durchgerungen zu haben. Sie prüften die Möglichkeit, dass Art. 20 vom Protokoll automatisch gestrichen wird, falls Russland es ratifiziert. Das geschähe auch im Falle der Ratifizierung des Energiecharta-Vertrags, denn er und das Transitprotokoll können von

Moskau nur gleichzeitig ratifiziert werden.

Es irren sich jene russischen Politiker, die behaupten, dass beim Abschluss von Direktverträgen über die Lieferung von zentralasiatischem Gas nach Europa der Energiecharta-Vertrag Moskau verpflichtet wird, den



**ANDREJ KONOPLJANIK**  
war bis 2008 stv. Generalsekretär, Sekretariat der Energie-Charta, Brüssel.

Transit von billigem Gas durch russische Pipelines zu niedrigen Inlandstarifen zu sichern. Im Ergebnis werde fremdes Gas in Europa einen Preisvorteil gegenüber russischem Gas haben. Doch stehen dem Transitland laut Art. 7 des ECT gleich fünf beweiskräftige und international anerkannte Schutzebenen zur Verfügung, wenn es nicht gewillt ist, Drittländern einen

neuen Transitweg zu gewähren. Außerdem ist zentralasiatisches Gas ja gar nicht mehr so billig. Ab 2009 gilt bei der Preisbildung im Export sowohl in der EU als auch im postsowjetischen Raum das Net-back-Prinzip.

Haltlos ist auch, dass die Energiecharta den Yukos-Aktionären die Möglichkeit gegeben hätte, aufgrund des ECT eine Klage gegen Russland zu erheben. Es gelte nun, heißt es, den ECT aufzugeben, um diese und ähnliche Möglichkeiten in Zukunft auszuschließen. Es wird nicht funktionieren. Der Verzicht auf die zeitweilige Anwendung des Energiecharta-Vertrags hat keine rückwirkende Kraft. Russland wird gemäß Art. 45 (3b) des ECT für die nächsten 20 Jahre verpflichtet sein, die Investitionsbestimmungen des Vertrags zu erfüllen und die Verfahren zur Streitbeilegung zu befolgen.

Mehrere Ansprüche Moskaus sind aber durchaus begründet. So fehlen im Energiecharta-Vertrag Zwangsmechanismen für die Mitgliedsländer, die ihn unterzeichnet und ratifiziert haben, zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen, zu einer schnellen

## QUELLE

# Niederlage auch für zu Guttenberg

DANIEL GOFFART | BERLIN

Es ist fast wie beim König Midas in der klassischen Antike: Egal, was Karl-Theodor zu Guttenberg bislang anfasste – stets wurde es zu Gold und mehrte seinen Ruhm. Der Aufstieg des jungen Bundeswirtschaftsministers zu einem der beliebtesten Politiker ging so rasant vonstatten, dass sich die Erfahreneren schon fragten, wann denn wohl jener schwindelerregende Höhepunkt erreicht sein würde, dem zwangsläufig eine Abwärtsbewegung folgen muss.

Die Pleite des Versandhauses Quelle könnte genau jenen Punkt markieren, an dem die Karriere des bayerischen Barons eine schicksalhafte Wende nimmt. Geschichte hatte „KT“, wie ihn seine Freunde nennen, bislang die Kunst des Ungefährens beflagt. Damit ist er als Delfin im politischen Haifischbecken erstaunlich weit gekommen.

Zu Guttenberg ließ sich gerne als Ordnungspolitiker feiern, musste aber in den wenigen Monaten als Minister kaum etwas wirklich Schwieriges entscheiden. Beim bislang kompliziertesten Fall seiner kurzen Amtszeit, der staatlichen Rettung von Opel, legte er anfangs zwar tapfer ein Veto ein, drohte gar mit Rücktritt, ließ sich aber von der Kanzlerin flugs wieder in die Pflicht nehmen.

Was anderen als „umfallen“ angekreidet würde, wendete zu Guttenberg zu seinen Gunsten. Seit dem Kurz-Widerstand gegen Opel trägt er mit elegantem Understatement das Prädikat des ordnungspolitischen Widerstandskämpfers inmitten einer sozialdemokratisierten Christen-Union.

Bei Quelle verhielt es sich ähnlich: Zuerst äußerte der CSU-Wirtschaftsminister Skepsis und meldete ordnungspolitische Bedenken an. Dann lenkte er murrend ein, als sein CSU-Parteichef Horst Seehofer daran erinnerte, dass Quelle aus politischer Sicht vor allem ein bayerisches oder genauer gesagt ein fränkisches Unternehmen sei. Der fränkische Baron verzichtete fortan auf jeden Widerstand und versteckte die Bedenken in seinen berüchtigten Bandwurmsätzen. Auf Deutsch: Der Held der Ordnungspolitik verpasste wieder eine gute Gelegenheit, um wirklich Profil zu zeigen. Dabei wusste er genau, dass Quelle nicht zu retten war. Dennoch wurde so lange politischer Druck ausgeübt, bis ausge-rechnet die Bayerische Landesbank und die im staatlichen Teilbesitz befindliche Commerzbank nachgaben und halfen.

Zu Guttenberg ist nicht zu beneiden. Nicht jede in Berlin und nicht jeder in München lässt junge Bäume ungehindert in den Himmel wachsen. Seehofer, so heißt es, will „KT“ den Mühlstein des Finanzministeriums um den Hals hängen. Was immer zu Guttenberg in der neuen Regierung wird – die Bewährungsproben kommen erst noch.

goffart@handelsblatt.com